

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **22.01.2014**, 17:15 Uhr - 18:25 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Gilbert Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Robert Otte, Klaus-Peter Richter, Dieter von den Berg, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Elke Haves, Thomas Kollmann, Doris Lammert, Falko Rickes, Petra Seyfferth,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Otto Reiners, Jörg Rostek,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Wagstaff,

Sachkundige Einwohner/innen

Hedwig Chudziak, Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener, Gabriele Markerth, Dr. Gabriele Peus-Bispinck,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dagmar Arnkens-Homann, Herbert Berkemeier, Ralf Bierstedt, Dr. Thomas Hauff, Jochen Köhnke, Heinz Lembeck, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Dr. Dagmar Schwarte, Marco Spatzier,

für die Schriftführung

Frank Treutler,

Es fehlte/n:

Birgit Edler, Beanka Ganser, Benjamin Körner, Christian Moll, Gregor Ridder, Martin Schofer, Barbara Stober, Harald Wölter (alle waren abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|---------------------------|------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0993/2013</u>
V | 5. | Basisinformationen Jobcenter |
| <u>V/0872/2013</u>
V | 6. | Weitere Umsetzung des Unterbringungskonzeptes für Flüchtlinge in Münster |
| <u>V/0956/2013</u>
V | 7. | Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen |
| <u>V/0714/2013</u>
V | 8. | Errichtungsbeschluss für den Neubau der städtischen Übergangswohnungen für Obdachlose am Schwarzen Kamp |
| <u>V/0861/2013</u>
III | 9. | Bürgerumfrage 2013: Ergebnisse zu den Fragenkomplexen "Lebensbedingungen in Münster", "Wohnen in Münster" und "Verkehr in Münster" |
| <u>V/0938/2013</u>
V | 10. | Bildung und Teilhabe: Zugang, Inanspruchnahme, Wirkungen (Untersuchungsskizze) |
| <u>V/0970/2013</u>
V | 11. | Zwischenbericht zum Thema Fallmanagement "Ernährung in Familien" sowie Ernährungsschule in Kitas im Rahmen des Maßnahmenprogramms einer kindbezogenen Armutsprävention in Münster |
| | 12. | Verschiedenes |

Herr Aldejohann eröffnete um 17:19 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Für die CDU-Fraktion regte Herr Wolfgarten an, die unter TOP die unter TOP 6 vorgesehene Vorlage V/0872/2013 in der heutigen Sitzung zu beraten, aber ohne Beschlussfassung zu schieben. Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände.

Damit wurde die Tagesordnung einvernehmlich wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

3.2.1 Herr Stadtrat Paal verwies auf die den Mitgliedern vorliegenden Informationen über Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie die Januar-Übersicht über Mittelabflüsse aus dem Programmbudget Münster-Pass.

3.2.2 Herr Bierstedt berichtete, dass der Förderantrag des Projekts MAMBA 2014 bewilligt und damit die Finanzierung bis Jahresende 2014 gesichert sei.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Keine.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0993/2013	Basisinformationen Jobcenter
---	-------------------------------------

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0872/2013**

**Weitere Umsetzung des Unterbringungskonzeptes
für Flüchtlinge in Münster**

Mehrere Mitglieder problematisierten die unter Ziffer 5 des Beschlussvorschlags vorgesehene Nutzung für die Unterbringung sowohl von Flüchtlingen als auch von alleinstehenden Wohnungslosen im Gebäude Schaumburgstraße 13, verdeutlichten aber ihre generelle Zustimmung zur Vorlage. Herr Stadtrat Paal stellte in Aussicht, die Verwaltung werde sich mit den Menschen im Gebiet intensiver austauschen, auch um ihre Anregungen für erforderliche und geeignete Begleitmaßnahmen für ein verträgliches Miteinander am vorgesehenen Standort und in dessen Umfeld berücksichtigen zu können.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einvernehmlich, die Vorlage in den Hauptausschuss zu schieben.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0956/2013**

**Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven
für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen**

Für die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Seyfferth:

Der HA/Rat beschließt:

1. – 4. wie Vorlage

5. wie Vorlage, nach dem letzten Satz ergänzt um: "Hierbei tut die Verwaltung alles, um Turnhallenlösungen zu vermeiden. Falls dennoch Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht werden müssen, legt die Verwaltung der Politik vorher einen entsprechenden Beschlussvorschlag vor."
6. wie Vorlage und ergänzt: "Die Stellen werden zunächst mit einer Befristung für 2 Jahre ausgeschrieben."
7. **neu:** Die Verwaltung prüft den Sprachförderungsbedarf und macht den Betroffenen ein entsprechendes Sprachförderangebot.

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Halberstadt:

In der Sachentscheidung wird in Nr. 4 im letzten Satz „Gronauweg/Bentheimweg“ ersetzt durch „Von-Esmarch-Straße“.

Im Verlauf der ausführlichen Erörterung beider Anträge beantworteten Herr Stadtrat Paal und Frau Arnkens-Homann Nachfragen der Mitglieder und stellte in Aussicht, dass die Verwaltung Informationen zu den vorgesehenen Standorten Gronauweg/Bentheimweg und Von-Esmarch-Straße zur Sitzung des Hauptausschusses bereithalten werde.

Für die CDU-Fraktion erklärten daraufhin Herr Otte und Herr Wolfgarten, von einer Abstimmung über den CDU-Antrag abzusehen.

Für die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD erläuterte Frau Dr. Dieckmann folgende zusätzliche Anregungen:

„Wir bitten die Verwaltung im nächsten Sozialausschuss darzustellen,

- wie sie darauf vorbereitet ist, mit Menschen (vor allem auch Kindern) umzugehen, die in Zusammenhang mit ihrer Flucht an Traumata leiden,
- welche Möglichkeit bestehen, hier mit Fachleuten und Facheinrichtungen zusammenzuarbeiten,
- ob es Aussichten für solche Menschen auf eine medizinische und psychologische Behandlung gibt?“

Gegen die Anregungen gab es keine Einwände.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig, bei einer Enthaltung.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrags einstimmig, bei einer Enthaltung, und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster hält auch angesichts steigender Flüchtlingszahlen und der gerade wegen der angespannten Lage am münsterschen Wohnungsmarkt bestehenden großen Schwierigkeiten einer Versorgung der Flüchtlinge mit angemessenem Wohnraum an dem Grundsatz einer sozialverträglichen Verteilung der Integrationsaufgaben über das Stadtgebiet fest.
2. Neben festen Flüchtlingseinrichtungen müssen in einer Übergangszeit für die Unterbringung von Flüchtlingen Überbrückungslösungen geschaffen werden. Hierzu wird auch auf einzelne im Rahmen der Konversion freigewordene Wohnstandorte zurückgegriffen. Deren Nutzung ist zeitlich auf maximal drei Jahre befristet und soll je Standort nicht mehr als ca. 40 Personen dienen.
3. Der Rat erkennt an, dass die hiervon betroffenen Stadtteile jedenfalls vorübergehend eine erhöhte Integrationsaufgabe tragen.
4. Neben den Übergangsnutzungen am Borghorstweg, an der von-Esmarch-Straße und am Hoher Heckenweg sind weitere Entlastungen der Übergangseinrichtungen erforderlich. Um die Bemühungen der Verwaltung zu unterstützen, u. a. nicht in Flüchtlingseinrichtungen residenzpflichtigen Familien Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu verschaffen, wird die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit der BImA über den Ankauf von Gebäuden im Bereich Gronauweg/Bentheimweg im Rahmen des Erstzugriffs zu führen.
5. Bei weiterhin steigenden Flüchtlingszahlen werden die unter Nr. 2 und Nr. 4 beschriebenen Übergangslösungen nicht ausreichen, um der kommunalen Unterbringungsverpflichtung gerecht zu werden. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für diesen Fall weitere Beschlüsse erforderlich werden. Das kann bedeuten, dass in zu beschließenden Einzelfällen die unter Nr. 2 genannten Grenzen überschritten werden. Wegen der erheblichen Schwierigkeiten, Übergangsquartiere zu akquirieren, und des großen zeitlichen Vorlaufs für die Errichtung neuer Einrichtungen oder auch nur von Containerbauten wird es zunehmend wahrscheinlich, dass im Rahmen der Notfallversorgung Maßnahmen zur Unterbringung einer deutlich größeren Anzahl von Menschen ergriffen werden müssen. **Hierbei tut die Verwaltung alles, um Turnhallenlösungen zu vermeiden. Falls dennoch Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht werden müssen, legt die Verwaltung der Politik vorher einen entsprechenden Beschlussvorschlag vor.**

6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zur Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen im Jahr 2014 unter Zugrundelegung der aktuellen Flüchtlingszahlen zusätzliches Personal benötigt und eingesetzt wird:

- 0,50 Stelle EGr. 10 im Amt für Immobilienmanagement zur Beschaffung/Anmietung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten
- 2,4 Stellen EGr. S 12 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für die sozialarbeiterische Betreuung
- 2,9 Stellen EGr. 4 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) für Hauswarte
- bis zu 1,50 Stelle EGr. 8 im Sozialamt (Teilergebnisplan 0503) zur wirtschaftlichen Betreuung der Unterbringungen

Die Stellen werden zunächst mit einer Befristung für 2 Jahre ausgeschrieben. Zum Stellenplan 2015 wird die Verwaltung für den dauerhaften Bedarf auf Basis der dann vorliegenden Flüchtlingszahlen Stellenvermehrungen vorschlagen.

7. **Die Verwaltung prüft den Sprachförderungsbedarf und macht den Betroffenen ein entsprechendes Sprachförderangebot.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Miet- und Betriebskosten der neu hinzukommenden Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den beteiligten Gremien zu fassen sind.

Die zusätzlichen Personalaufwendungen für 2014 sind nachfolgend aufgeführt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	32.300	0,5 Stelle EGr 10
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014	177.888	3,4 Stellen S 12
	11		2014	123.981	3,3 Stellen EGr. 4
	11		2014	73.905	1,5 Stellen TVöD EGr 8

Die zusätzlichen Personalaufwendungen werden so weit wie möglich innerhalb des Personalbudgets gedeckt. Sofern dies nicht gelingt, sind die Mittel über einen Nachtragshaushalt oder zum Ende des Jahres überplanmäßig bereitzustellen.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0714/2013

Errichtungsbeschluss für den Neubau der städtischen Übergangswohnungen für Obdachlose am Schwarzen Kamp

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt der Neuerrichtung einer Übergangseinrichtung an der Straße Schwarzer Kamp zu. Die Immobilie wird von der Wohn- und Stadtbau GmbH als Investorin errichtet. Anschließend werden die Gebäude durch die Stadt Münster angemietet.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass an diesem Standort insgesamt 16 Wohneinheiten in unterschiedlichen Größen für die vorübergehende wohnungsmäßige Unterbringung geschaffen werden. Die Quartiere am Schwarzen Kamp 21 und 59 bzw. 116 werden sukzessive ersatzlos zurückgebaut.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungen gemeinsam mit der Wohn- und Stadtbau GmbH abzustimmen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Kosten und Folgekosten:

Die Miet- und Betriebskosten der neuen Obdachloseneinrichtung – einschließlich der Kosten für die soziale Betreuung der Familien sowie die hausmeisterischen Tätigkeiten – sind Gegenstand der konkreten Planungen und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den zu beteiligenden Gremien des Rates zu fassen sind. Die Verwaltung beabsichtigt, die Obdachloseneinrichtung nicht selbst zu errichten, sondern von der Wohn- und Stadtbau GmbH errichten zu lassen und anschließend anzumieten. Zu diesem Zweck soll die Liegenschaft von dem Wohnungsbauträger erworben werden.

Mittelbereitstellung /Finanzierung:

Investitionskosten für den Bau fallen bei diesem Modell nicht an und sind deshalb weder im aktuellen Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Die Finanzierung der später entstehenden Einrichtungs-, Miet- und Betriebskosten wird in einer gesonderten Vorlage dargestellt.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0861/2013

Bürgerumfrage 2013: Ergebnisse zu den Fragenkomplexen "Lebensbedingungen in Münster", "Wohnen in Münster" und "Verkehr in Münster"

Nach kurzer Erörterung nahm der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0938/2013

Bildung und Teilhabe: Zugang, Inanspruchnahme, Wirkungen (Untersuchungsskizze)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL regte Frau Dr. Dieckmann an, in dem Bericht auch Informationen über die bestehenden Teilhabeangebote aufzuführen, außerdem auf ergänzende Fördermöglichkeiten aus Mitteln der Stiftung Mitmachkinder einzugehen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0970/2013****Zwischenbericht zum Thema Fallmanagement "Er-
nährung in Familien" sowie Ernährungsschule in
Kitas im Rahmen des Maßnahmenprogramms einer
kindbezogenen Armutsprävention in Münster**

Herr Reiners regte an, die Vorlage auch dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien zur Verfügung zu stellen.

Punkt 12 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Auf Herrn Reiners' Nachfrage stellte Herr Stadtrat Paal den Bericht des Ombudsrates zur kommenden Sitzung (26.03.2014) in Aussicht; die Mitglieder des Ombudrates werden zur Sitzung eingeladen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez.

Gilbert Aldejohann
Vorsitz

gez.

Frank Treutler
Schriftführung